

## **Verwirklichung der UN Kinderrechts-Konvention statt Überwachen und Erniedrigen in den Grauzonen der HzE: Kampagne des AKS Hamburg, Beteiligung erwünscht**

Der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg (AKS Hamburg) hat eine bundesweite Kampagne gegen menschenunwürdige Praktiken in den Hilfen der Erziehung gestartet. In dem Aufruf mit dem Titel „Dressur zur Mündigkeit? Für die Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention statt Überwachen und Erniedrigen in den Hilfen zur Erziehung!“ analysieren die Autor\_innen die aktuellen Entwicklungen und Tendenzen in der BRD in Bezug auf menschenunwürdige menschenrechtswidrige Praktiken in den Hilfen zur Erziehung und rufen dazu auf, an der Kampagne zur Abschaffung dieser mitzuwirken.

Das Ziel der Abschaffung der Geschlossenen Unterbringung (GU) als Höhepunkt menschenunwürdiger pädagogischer Praxis sei unter den derzeitigen Voraussetzungen wie der Verdreifachung der Plätze in GU in den letzten 20 Jahren und der steigenden Akzeptanz der GU schwer zu erreichen – daher sei es notwendig, nicht nur die GU an sich zu kritisieren, sondern die Prozesse und Mechanismen, die zu einem pädagogischen Verständnis der GU als letzter, aber dennoch vorhandenen Alternative bei „schwierigen Jugendlichen“ führen, zu analysieren.. Diesbezüglich spielen – so die Autor\_innen - das „Phasen-Modell“ bzw. der „Stufen-Vollzug“ eine zentrale Rolle, der heutzutage häufig angewendet würde und bei dem zugunsten des Ziels der Disziplinierung schwieriger Kinder und Jugendliche menschenunwürdige und gewaltvolle Degradierungen stattfinden. Eine solche Form von Pädagogik basiere auf Erniedrigung, Drohung und Isolation, was derzeit mit neuem Vokabular für die entsprechenden Methoden - z.B. Time-Out-Räume oder Begrenzungen - wieder gerechtfertigt werde und sowohl in der Heimerziehung als auch in teilstationären Hilfeformen wie Tagesgruppen und in ambulanten Maßnahmen wie Anti-Aggressionstrainings vorkomme. In den genannten Phasen- bzw. Stufen-Modellen gibt es in der Regel drei Stufen mit strikten Verhaltensvorschriften, die unter anderem die Bewegungsfreiheit, die Kommunikation und die Pflege von sozialen Kontakten einschränken, und entsprechenden Sanktionen bei Regelbrüchen. Solche Programme, die von den betroffenen Kindern und Jugendlichen in der Regel als „Entwertung ihrer gesamten personalen und sozialen Identität“ erlebt werden und weder mit grundlegenden Menschenrechten noch mit der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen vereinbar sind, müssen abgeschafft werden, so die Autor\_innen des AKS.

Hierzu ruft der AKS Hamburg alle interessierten Initiativen dazu auf, die Websites und Broschüren regionaler HzE-Träger daraufhin zu sichten, ob derartige Stufenmodelle praktiziert werden. Auf einer Fachtagung sollen die Ergebnisse dieser Recherchen präsentiert werden. Gleichzeitig werden Musterprozesse gegen Einzelfälle à la Haasenburg GmbH angestrebt.

Der vollständige Aufruf ist auf der Website des Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg zu finden, <http://akshamburg.wordpress.com/>.